

DER EURO

GRUNDLAGEN | ARGUMENTE | PERSPEKTIVEN

Der Euro ist mehr als eine Währung. Er ist das wichtigste Projekt, dem wir uns seit der Gründung der EU verschrieben haben. Unsere Währung bündelt europäische Freiheiten und symbolisiert, dass die europäischen Staaten über ihre Grenzen hinaus in der Lage sind, gemeinsam den Wohlstand in Europa zu stärken.

Bereits seit einer Dekade ist der Euro eine solide Währung. Bürgern beschert er stabile Preise, Reisenden und Unternehmen erspart er, über Wechselkurse nachzudenken. Er schrieb die Tradition einer unabhängigen, der Geldwertstabilität verpflichteten Deutschen Bundesbank auf europäischer Ebene fort und wurde zu einer innerhalb wie außerhalb Europas geschätzten Reservewährung.

Die Schuldenkrise, die mit dem Beinahebankrott Griechenlands im Mai 2010 augenscheinlich wurde und bis heute anhält, hat aber gezeigt, dass Fehlentwicklungen in einzelnen Ländern die gesamte Eurozone ins Wanken bringen können. Eine Währungsunion ohne eine Politische Union zu begründen, war ein ökonomisch gewagter Ansatz, der aber das bis heute politisch Machbare darstellt. Geburtshelfer des Euro wurden daher der Stabilitäts- und Wachstumspakt und das Verbot, für die Schulden eines anderen Staates zu haften. Für ihre Wirksamkeit sind eine wirtschaftspolitische Koordinierung und ein funktionierender Sanktionsmechanismus unabdingbar. Diese wurden bereits 1993 in Maastricht eingeführt und im Zuge der Krise verschärft und maßgeblich erweitert.

Deshalb sollte heute, in der ersten großen Krise der Währungsunion, die Schlussfolgerung nicht lauten, die D-Mark oder andere Währungen einzuführen. Die politischen wie ökonomischen Folgen eines solchen Schritts, so simpel er erscheint, wären weitreichend und mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Vielmehr gilt es, gemeinsam die Konstruktionsmängel der Währungsunion zu beheben und eine europäische Stabilitätskultur zu stärken. Wer zur Eurozone gehört, der teilt Rechte und Pflichten, Chancen und Risiken. Daher muss jeder bei sich beginnen und seinen Beitrag leisten. Wenn dies in allen europäischen Staaten gelingt, dann bietet der aktuelle Rettungskurs mehr Chancen als Risiken. Dieser Weg ist nicht leicht. Doch ein einfacher Weg ist eine Illusion. Der Euro verdient eine Zukunft.

- **Warum brauchen wir den Euro?**
- **Was muss man über die Wirtschafts- und Währungsunion wissen?**
- **Welche Vorteile beschert uns die Gemeinschaftswährung?**
- **Wie haben sich relevante ökonomische Indikatoren entwickelt?**
- **Welche wirtschaftlichen Aspekte sind zu berücksichtigen?**
- **Ziel dieser Broschüre ist es, die Argumente, die für den Euro sprechen, aufzuzeigen und populäre Irrtümer in Bezug auf die gemeinsame Währung auszuräumen.**

Erarbeitet durch:

*Matthias Schäfer
Leiter des Teams Wirtschaftspolitik*

*David Gregosz
Kordinator für Internationale Wirtschaftspolitik*

*Cvetelina Todorova
Kordinatorin für Grundsatzfragen
Ordnungspolitik und Soziale Marktwirtschaft*

*Dr. Céline-Agathe Caro
Kordinatorin für Europapolitik*

Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2013

ISBN 987-3-944015-65-1

www.kas.de



Die Rückschau auf die währungspolitische Zersplitterung Europas verdeutlicht, welche vorteilhafte Entwicklung auf dem Kontinent stattgefunden hat. Während in den 1970er Jahren noch mehr als 20 Währungen in den Gebieten, die heute zur EU gehören, verwendet wurden, sind es heute noch 11 Währungen, wobei der Euro dabei für 17 Länder gilt. Durch die Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung konnten Transaktionskosten gesenkt, Wechselkursschwankungen eliminiert und Transparenz erhöhet werden. Jenseits dieser ökonomischen Vorteile dient die gemeinsame Währung dazu, die Einheit Europas voranzutreiben.

Seit den Zeiten Adenauers haben sich Politiker in vielen Ländern für die Verwirklichung dieses Zieles eingesetzt. Der gemeinsame Binnenmarkt und der Währungsverbund sind Vehikel zur Verwirklichung dieser Vision. Insgesamt lässt sich die Geschichte der europäischen Integration als Geschichte einer immer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit lesen. Sie war stets die Triebfeder der Einigung Europas und jede Integrationsetappe war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Erfahrungsgemäß führte die Überwindung dieser Schwierigkeiten immer wieder zu einer weiteren Vertiefung und, noch wichtiger, zu neuer wirtschaftlicher Dynamik.



Eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts für das Handelsblatt (Dienstag, 9. April 2013, Nr. 68) belegt das hohe Vertrauen, das die Deutschen der Gemeinschaftswährung entgegenbringen. 69 Prozent der Deutschen sind dafür, den Euro zu behalten. Nur 27 Prozent wollen wieder zur D-Mark. Damit scheinen sich die Deutschen langsam von Euro-Skeptikern in Euro-Befürworter zu verwandeln.

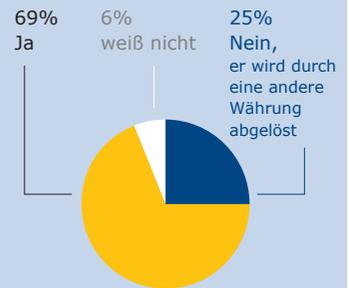
Je höher das Haushaltsnettoeinkommen, desto stärker die Zustimmung zur Einheitswährung. Von den Anhängern der Grünen sprechen sich sogar 88 Prozent für den Euro aus, gefolgt von FDP-Wählern mit 83 Prozent und Anhängern von CDU/CSU mit 75 Prozent.

DIE ZUSTIMMUNG DER DEUTSCHEN ZUM EURO

Sollte Deutschland wieder zur D-Mark zurückkehren?

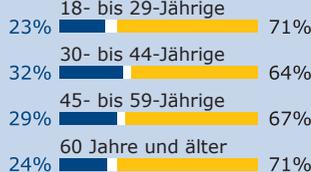


Wird es den Euro in Zukunft immer noch geben?

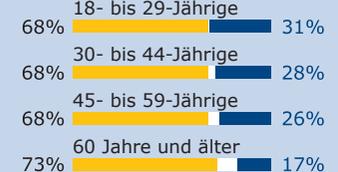


Forsa-Umfrage, 1.003 Befragte, 2./3. April 2013

Nach Altersgruppen:



Nach Altersgruppen:



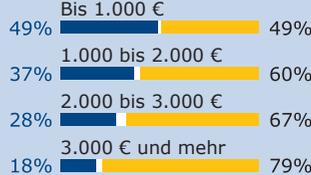
Nach Berufsstand:



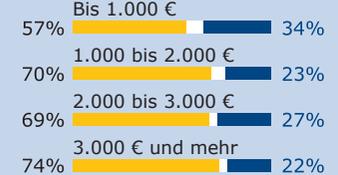
Nach Berufsstand:



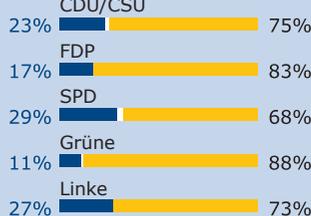
Nach Haushaltsnettoeink.:



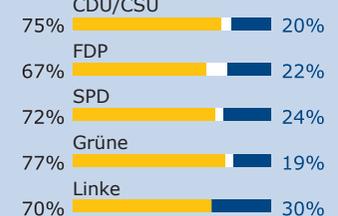
Nach Haushaltsnettoeink.:



Nach polit. Zugehörigkeit:



Nach polit. Zugehörigkeit:



Werte „weiß nicht“ in weißem Balken ohne Prozentangabe

Tritt ein Land dem Währungsraum bei, dann hat das weitreichende wirtschaftliche Folgen. Während ein Beitritt einige offensichtliche Vorteile hat, sind andere Konsequenzen eher indirekter Natur, weil sie die wirtschaftspolitische Steuerung betreffen und sich erst im Laufe der Zeit offenbaren. Länder wie zum Beispiel Polen, Lettland oder Litauen, die die Gemeinschaftswährung einführen wollen, wissen um den Einfluss des Euro auf Handel, Geldpolitik und Staatsfinanzen.

Die Vorteile einer gemeinschaftlichen Währung für den Handel unter den Mitgliedstaaten sind am offensichtlichsten, denn es fallen Transaktionskosten und Wechselkursrisiken weg. Beides stimuliert den Handel tendenziell. Für die Geldpolitik ergeben sich zwei wesentliche Veränderungen: Zum einen fallen Wechselkurse als Instrument der wirtschaftspolitischen Steuerung weg, zum anderen gilt ein einheitlicher Leitzins für alle Staaten der Eurozone.

Letztlich hat der Beitritt zur europäischen Währungsunion auch starke Auswirkungen auf den Staatshaushalt eines Landes, da vertragliche Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) und dem Fiskalpakt erwachsen. Der Beitritt zur Eurozone beeinflusst damit die Refinanzierungskosten der Mitglieder am Kapitalmarkt (Höhe der Zinsen auf Staatsanleihen). Durch die Einführung von Liquiditätsmechanismen im Eurosystem entstehen außerdem Haftungsverpflichtungen, die gegebenenfalls haushaltswirksam werden.

Derzeit leben rund sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Ihre Zahl wird binnen vier Jahrzehnten auf mehr als 9 Milliarden steigen. Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung nimmt dabei rapide ab. Während die Europäer im Jahr 2010 noch knapp 11 Prozent der Weltbevölkerung ausmachten, werden es im Jahr 2100 noch circa 7 Prozent sein. Schon 2025 wird Deutschland weniger als ein Prozent der Weltbevölkerung stellen. Ein vitaler Wirtschafts- und Währungsraum wird dann noch wichtiger sein, um sich bei wirtschaftspolitischen Fragen globaler Tragweite Gehör zu verschaffen. Deshalb ist eine gedeihliche Entwicklung des Kontinents nicht nur für Deutschland entscheidend für Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit.

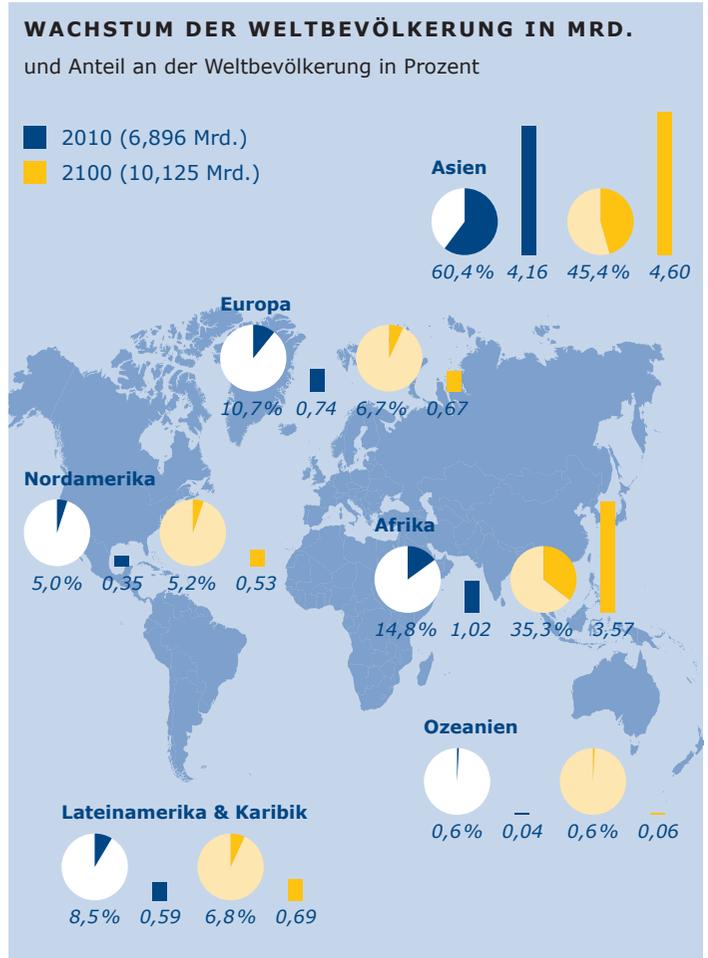
Europa würde an Zukunftsfähigkeit einbüßen und neuen Gestaltungsmächten das weltpolitische Feld überlassen, wenn der Irrweg der Renationalisierung eingeschlagen würde. Ohne die verbindende Klammer eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes verliert die Stimme der Europäer an Gehör in der Welt. Die Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene zeigen, dass man diese Tatsache anerkennt und entschlossen ist, die Probleme der Währungsunion zu beheben. Die Erneuerung und Festigung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bilden die Grundlage, um unsere Werte und Interessen mit gemeinsamer europäischer Stimme einbringen zu können.

TIPP: **Der Euro – Währung für Europa**
Wie ist die Bilanz der Gemeinschaftswährung zu beurteilen?
 Dr. Werner Becker, Sankt Augustin/Berlin, 2012
 online unter www.kas.de



Litauen: Ein Beitritt zum Euro ist für 2015 geplant. Dementsprechend ist Litauen auch schon Mitglied im Wechselkursmechanismus II, in dem die heimische Währung mit einer Bandbreite von maximal 15 Prozent an den Euro gebunden ist.

Polen: Ministerpräsident Tusk hat in der Vergangenheit immer wieder betont, dass er einen Beitritt zum gemeinsamen Währungsraum anstrebt. Allerdings müsste Polen zunächst in den Wechselkursmechanismus II eintreten, dem man zwei Jahre angehören muss, um beitreten zu dürfen.



Grundsätzlich ist festzustellen, dass wichtige Aspekte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auch nach vierzehn Jahren eine Erfolgsgeschichte sind. Dies gilt vor allem für die Bilanz in punkto Preisstabilität, die sich im historischen und internationalen Vergleich sehen lassen kann. Die Inflationsrate in Deutschland war von 1999 bis 2012 mit rund 1,6 Prozent im Schnitt deutlich niedriger als während der fünfzigjährigen D-Mark-Periode. Die EZB konnte also Preisstabilität erreichen. Damit wurden zahlreiche Skeptiker widerlegt. In den 80er und 90er Jahren lag die Inflation in Deutschland jeweils bei 2,6 Prozent.

Zu der guten Stabilitätsbilanz seit 1999 haben das klare Mandat der EZB, vorrangig das Ziel der Preisstabilität zu verfolgen, sowie ihre Unabhängigkeit maßgeblich beigetragen. So konnte die EZB als neue Institution ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit an den Finanzmärkten und bei weiten Teilen der Bevölkerung erlangen. Die Geldpolitik der EZB war auch durch Flexibilität und Pragmatismus geprägt. Ein Beispiel hierfür ist die Ausrichtung des Preisstabilitätsziels auf mittlere Sicht, d. h. bei vorübergehenden Preissprüngen reagiert die EZB nicht automatisch mit einer Verschärfung der Geldpolitik. Dies ist erst bei sogenannten Zweitrundeneffekten der Fall, wenn z. B. höhere Inflationsraten als Maßstab für Lohnabschlüsse verwendet werden.

Die EZB hat auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise seit August 2007 wichtige Funktionen beim Krisenmanagement übernommen. Sie war vom ersten Tag der Krise in ihrer Funktion als „Lender of last liquidity“ gefordert. So hat die EZB nach dem Vertrauensseinbruch am Interbankenmarkt im August 2007, dem Kollaps der Investmentbank Lehman-Brothers im September 2008 und erneut im Zuge der Staatsschulden- und Bankenkrise seit 2010 in Europa umfangreiche Liquidität bereitgestellt. Durch mehrere Zinssenkungen sowie durch den flexiblen Einsatz ihrer geldpolitischen Instrumente hat sie zur Finanzmarktstabilisierung beigetragen.

Der Außenwert einer Währung ist ein relativer, kein absoluter Wert. Er ergibt einen Sinn im Verhältnis zu anderen Währungen. Er transformiert den Wert von Gütern, Vermögenswerten und Dienstleistungen von einer Währung in eine (oder mehrere) andere. Daher rührt seine Bedeutung; er hat damit direkt großen Einfluss auf die Bewertung von Gütern, Vermögensgegenständen und Dienstleistungen – die wiederum für die Wettbewerbsfähigkeit und die Allokation der Produktionsfaktoren maßgeblich ist.

Die Staatsschuldenkrise seit 2010 wird in aller Regel mit einer Eurokrise gleichgesetzt. Als Argument wird unter anderem die Abschwächung des Euro gegenüber dem US-Dollar angeführt. Der Wechselkurs (Außenwert der Währung) bewegt sich aber seit 2004 in einem Band zwischen 1,20 und 1,45 USD/EUR (Ausnahme: Höchststand von 1,60 USD/EUR im Sommer 2008), unterliegt also keinen großen Schwankungen und signalisiert keineswegs ein Währungsproblem. Weder der Wechselkurs zum US-Dollar noch die Inflationsraten in der Eurozone haben sich seit dem Beginn der Verwerfungen in Europa 2010 merklich verschlechtert.

Was als Aufgabe bleibt ist, starke Schwankungen des Außenwertes, d. h. Wechselkursschocks zu vermeiden, denn

- erstens können Bewegungen des Außenwerts der Währung großen Einfluss auf den Binnenwert haben,
- zweitens führt ein extrem hoher oder niedriger Außenwert zu Verzerrungen bei der Allokation,
- drittens können solche Kursschwankungen ernsthafte Auswirkungen auf die Wirtschaft des betroffenen Landes sowie anderer Länder haben,
- viertens schließlich können die Glaubwürdigkeit und Reputation der Zentralbank leiden und die Wirksamkeit der Geldpolitik beeinträchtigt werden.



In der Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihren Ursprung in den USA hatte, wurden die Vorteile einer gemeinsamen Währung für Deutschland besonders deutlich. In ähnlichen Krisen hat die D-Mark in der Vergangenheit häufig stark aufgewertet, weil sie Anlegern als „sicherer Hafen“ galt. Das hat die deutsche Exportindustrie immer wieder getroffen und ihre internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit auch in Europa verschlechtert.

Nach starken Aufwertungen der D-Mark gelang es den deutschen Unternehmen teilweise nur mittels Arbeitsplatzabbau, die kurzfristig verlorene Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Spiegelbildlich dazu haben andere Währungen in Europa immer wieder – und zuweilen ziemlich abrupt und stark – gegenüber der D-Mark abgewertet. Das gemeinsame Zahlungsmittel schließt solche krisengetriebene Wahrungsauf- und -abwertungen innerhalb der Eurozone aus.

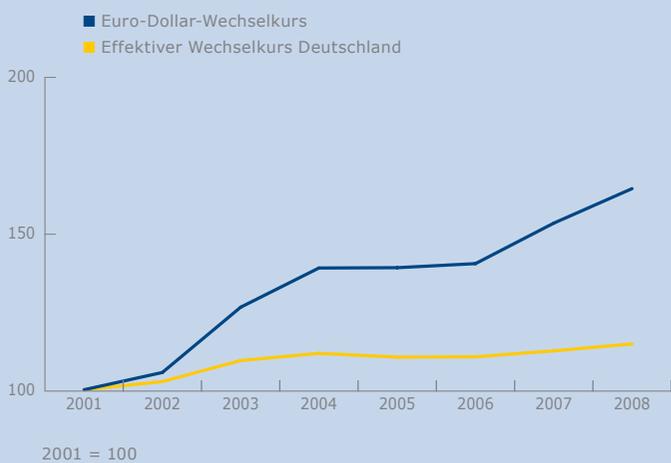
Zudem schützt der gemeinsame Binnenmarkt tendenziell davor, dass europäische Staaten ihre Wirtschaft abschotten oder Absatzmärkte völlig „wegbrechen“. Die Europäische Kommission prüft mit einem scharfen Auge, ob nationalstaatliche Maßnahmen, die den Erhalt von Arbeitsplätzen bezwecken, mit den Nachbarländern abgestimmt werden und wirtschaftliche Probleme nicht auf Kosten anderer gelöst werden sollen.

TIPP:

Euro-Krisenmanagement: Warum die Politik auf dem richtigen Weg ist
Analysen & Argumente, Ausgabe 116, Dr. Werner Becker, David Gregosz, Prof. Dr. Horst Lochel, Berlin 2013 online unter www.kas.de

EUROZONE SCHÜTZT DEUTSCHLAND VOR STARKER AUFWERTUNG

Der Euro-Dollar-Wechselkurs gibt an, wie sich das Verhältnis zwischen Euro und US-Dollar entwickelt (1 Euro = ... US-Dollar), während der effektive Wechselkurs die Währungsrelationen zwischen Deutschland und seinen wichtigsten Handelspartnern im Durchschnitt gemäß derer relativer Bedeutung im bilateralen Handel berücksichtigt.



Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Seit 2001 hat der Euro gegenüber dem US-Dollar mit über 60 Prozent sehr stark aufgewertet, so dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft tendenziell gefahdet war. Weil sich der Wechselkurs gegenüber den Euro-Partnern nicht ändern kann, blieb die Aufwertungswirkung insgesamt aber begrenzt, wenn man sie am durchschnittlichen Wechselkurs gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern misst.

Obwohl manche Euro-Kritiker mit der Idee einer Wiedereinführung nationaler Währungen liebäugeln, ist eine Rückkehr zur D-Mark derzeit weder wahrscheinlich noch wünschenswert. Das wäre nicht nur mit hohen Auflosungskosten und -aufwand verbunden. Sondern auch mit ökonomischen wie politischen Folgen.

Wenn wir uns dennoch eine fiktive Rückkehr zur D-Mark vorstellen, so fielen zunächst Kosten u. a. für den Neudruck von Banknoten, die Umstellung der Bargeldversorgung und für die Anpassung alter Verträge an das „neue“ Zahlungsmittel an. Zudem kämen in Zukunft enorme Belastungen durch den Währungsumtausch und die Absicherung von Währungsrisiken auf uns zu.

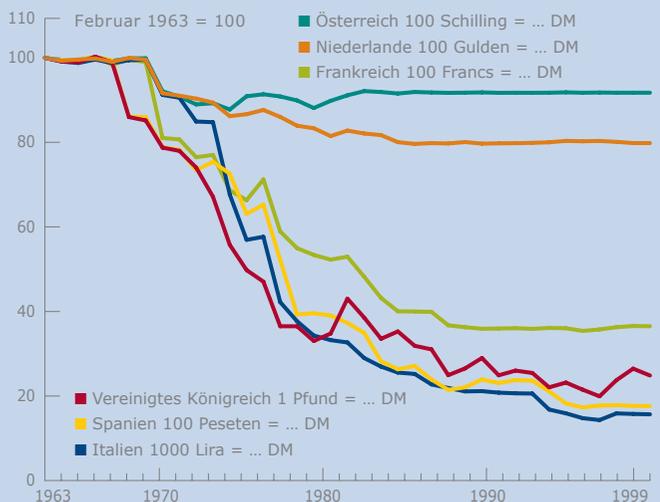
Eine Rückkehr zur D-Mark hätte aber vor allem immense Konsequenzen für die Realwirtschaft, denn die Wiedereinführung der D-Mark würde aufgrund massiver Kapitalzuflüsse eine kräftige Aufwertung zur Folge haben. Die deutschen Waren würden auf den Weltmärkten teurer werden. Daraufhin würden die Exporte zurückgehen und die deutsche Wirtschaft müsste Umsatzeinbußen hinnehmen, die mit negativen Effekten auf dem Arbeitsmarkt verbunden wären (Einstellungstopp, Kurzarbeit, Hürden beim Berufseinstieg von Jugendlichen).

Zudem würde der Wert der Auslandsvermögen durch eine starke D-Mark deutlich abnehmen. Dadurch wären die Forderungen der deutschen Gläubiger nicht mehr viel wert. Auch Wertpapiere oder Immobilien im Ausland würden an Wert in D-Mark verlieren.

Die politischen Folgen einer Rückkehr zur D-Mark wären ebenfalls enorm, denn der Euro ist eines der Symbole für den politischen Willen, enger zusammenzuarbeiten, um Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für die Menschen auf dem Kontinent zu sichern.

DIE SCHATTENSEITEN DER STARKEN D-MARK

So werteten ausgewählte europäische Währungen gegenüber der D-Mark ab



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vor der Europäischen Wahrungunion haben andere Währungen immer wieder – und zuweilen ziemlich abrupt und stark – gegenüber der D-Mark abgewertet. Hauptursache dafür waren unterschiedliche Preis- und Kostenentwicklungen. Nach starken Aufwertungen der D-Mark gelang es den deutschen Unternehmen teilweise nur mittels Arbeitsplatzabbau, die kurzfristig verlorene Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen.

Die Stabilität der gemeinsamen Währung und das hohe Vertrauen der Handelspartner, gestützt auf den Wegfall von Wechselkursrisiken, hatten einen besonders positiven Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. So hat unser Wirtschaftsmodell, das auf dem Export sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Eurozone basiert, auch in den turbulenten Krisenzeiten Vorteile erfahren. Die stabile Gemeinschaftswährung hat Deutschland vor einer Aufwertung geschützt und die Handelsaktivitäten mit den Euro-Nachbarn deutlich intensiviert.

Durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung wurde im Euroraum eine bessere Preistransparenz geschaffen. Zudem hat der Wegfall des Geldumtauschs das Reisen und Zahlen in der Eurozone, aber auch darüber hinaus, wesentlich erleichtert.

Diese Entwicklung kommt auch unseren Handelspartnern zugute. Denn kennzeichnend für den deutschen Außenhandel sind hochwertige Investitionsgüter wie beispielweise Maschinen und Anlagen. Dadurch kann die Produktivität der Partnerstaaten ebenfalls erhöht werden, da Investitionsgüter grundsätzlich das Produktionspotenzial eines Landes steigern, was wiederum mit Wachstumsimpulsen einhergeht. Dadurch können alle Handelspartner von der hohen Handelsdynamik profitieren.

TIPP: **Mehr Europa! Ja, aber wie?**
Aktuelle Herausforderungen in Deutschland und innerhalb der EU zur Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit
 IM PLENUM Kompakt
 Dr. Céline-Agathe Caro, Martina Wisser, Berlin 2012
 online unter www.kas.de

Deutschland ist und bleibt unbestritten der Wirtschaftsmotor in Europa. Diese Position ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts zeigen, dass der Weg zu Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit – den Triebfedern des wirtschaftlichen Wachstums – lang und holprig sein kann.

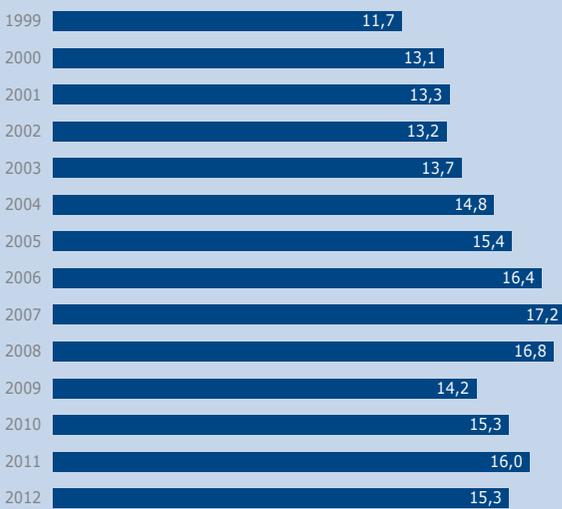
So wuchs die deutsche Wirtschaft in den ersten Jahren seit der Einführung der gemeinsamen Währung langsamer als der Euroraum insgesamt. Erst nach Realisierung breit angelegter Reformmaßnahmen der Bundesregierungen seit 2003 wechselte die Rangfolge der wachstumsstärksten Länder und Deutschland nahm einen Spitzenplatz ein.

Heute stehen einige Eurostaaten vor ähnlichen Herausforderungen wie Deutschland vor rund zehn Jahren. Wichtige Reformschritte, die in einigen Staaten ausblieben, müssen jetzt nachgeholt werden. Diese Aufgabe ist gewiss nicht leicht. Die Eurostaaten können jedoch darauf setzen, dass ein konsequenter Reformkurs mittelfristig Früchte trägt und die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, was wiederum mehr Arbeitsplätze und Einkommenszuwächse ermöglicht.

Diese Logik liegt dem europäischen Krisenmanagement zugrunde. Die Rettungsmechanismen für die Staaten, die am stärksten von der Krise betroffen sind, stellen nur konditionierte Hilfen zur Verfügung und die Bedingung für eine finanzielle Unterstützung ist die Durchführung von Strukturreformen. Das Ziel ist, die vorhandenen strukturellen Schwächen dauerhaft zu beheben und so für nachhaltiges Wachstum und für Stabilität zu sorgen.

DEUTSCHLAND: DYNAMISCHER HANDEL MIT DEN EURO-NACHBARN

Warenexportquote Deutschlands in die Euroländer in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



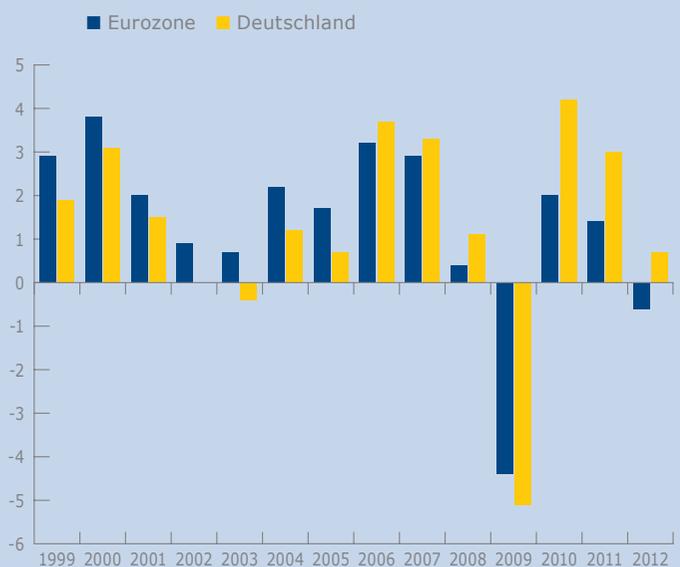
Veränderung der deutschen Warenexporte in die Eurozone-17: **73,5 %**

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der deutsche Handel mit der Eurozone hat sich – trotz Finanz- und Euro-Schuldenkrise – seit 1999 deutlich intensiviert. Die Warenexportquote stieg um fast ein Drittel und die nominalen Warenexporte sogar um über 70 Prozent. Nur weil der Handel mit wachstumsstarken Ländern wie etwa China noch dynamischer wuchs, hat sich der Anteil der Eurozone am deutschen Handel seit 1999 verringert (hier nicht abgebildet).

WIRTSCHAFTSWACHSTUM IM EURORAUM: REFORMEN SCHAFFEN NEUES WACHSTUM

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Zwischen 1999 und 2005 wuchs die Wirtschaft in Deutschland langsamer als im Euroraum insgesamt. Danach zeigten die breit angelegten Reformen der Bundesrepublik Wirkung und die Rangfolge wechselte. Heute stehen einige Eurostaaten vor ähnlichen Herausforderungen wie Deutschland vor rund zehn Jahren. Die Krisenstaaten können jedoch darauf setzen, dass ein konsequenter Reformkurs mittelfristig auch bei ihnen wieder mehr Wachstum schafft.

Ein Austritt der Bundesrepublik aus dem Euro wäre mit schwerwiegenden ökonomischen wie politischen Folgen verbunden, die nicht zu verantworten sind. Vorhandene Probleme in Europa würden dadurch nicht gelöst, sondern verschärft.

Zum einen würde eine Rückkehr zur D-Mark deutschen Unternehmen wieder Umtausch- und Absicherungskosten aufbürden. Die Folge wären enorme Transaktionskosten im innereuropäischen Handel. Da der Euro für Deutschland deutlich unterbewertet ist, wäre zudem eine massive Aufwertung zu erwarten. Eine „teure“ Währung würde aber die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf den globalen Märkten enorm schädigen. Die folgenden Verwerfungen würden mutmaßlich viele Unternehmensexistenzen bedrohen und Arbeitsplätze vernichten. Ein solcher Schritt, so unwahrscheinlich er ist, wäre über Jahre mit erheblichen Wachstumseinbußen für Deutschland verbunden. Die Prognos AG kommt in einer Berechnung auf Wachstumseinbußen in Höhe von 3,5 Prozent für 2014 bzw. 1,5 Prozent für 2015. Das entspricht volkswirtschaftlichen Verlusten von mehreren Milliarden allein für diese beiden Jahre.

Neben den ökonomischen Konsequenzen dürften auch die politischen Folgen schwerwiegend sein. Der Austritt aus dem Euro würde die Währungsunion und das europäische Projekt in Frage stellen und damit dem gemeinsamen europäischen Integrationsweg einen großen Schlag versetzen. Ein deutscher Alleingang würde bedeuten, einen Irrweg in die Spaltung Europas und in eine Zukunft in der globalen Bedeutungslosigkeit zu betreten.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass in Anbetracht internationaler Machverschiebungen und globaler Herausforderungen die europäischen Nationalstaaten – auch Deutschland – einzeln nur noch eine untergeordnete Rolle auf der Weltbühne spielen würden. Die EU-Länder werden die europäischen Werte, Prinzipien und Interessen in Zukunft am besten verteidigen können, wenn sie entschlossen zusammenhalten und gerade Krisenzeiten gemeinsam meistern.

Auch ein Austritt der südeuropäischen Krisenstaaten würde gravierende Folgen für Deutschland und die Weltwirtschaft nach sich ziehen. Die deutsche Exportindustrie würde zum einen enorm unter den Umtausch- und Absicherungskosten im Außenhandel mit Südeuropa leiden, aber vor allem unter der im Folgenden zu erwartenden Aufwertung des Euro und dies nicht nur gegenüber Südeuropa, sondern der Welt. Der Verlauf des Schweizer Franken sollte als Mahnung dienen.

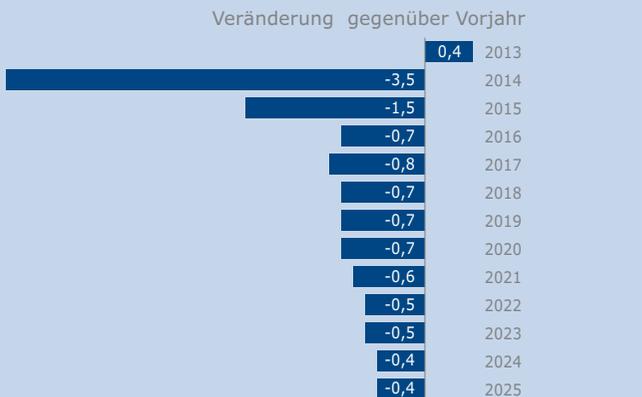
Dies würde auch bedeuten, dass das in Südeuropa gehaltene Auslandsvermögen der Deutschen rapide an Wert verlieren würde, da die neu eingeführten Währungen nach Schätzung einer aktuellen Studie der Prognos AG um 50 Prozent gegenüber dem Euro abwerten würden. Dabei wird ein Schuldenschnitt von 60 Prozent bei privaten wie öffentlichen Gläubigern zu Grunde gelegt, der die deutschen Steuerzahler über die bei Banken und der Europäischen Zentralbank gehaltenen Anleihen massiv treffen würde.

Zudem würde eine neue massive Verunsicherung der Finanzmärkte unkalkulierbare Risiken mit sich bringen. Die Folge wäre eine tiefe Rezession der Weltwirtschaft, ein drastisches Anziehen der Zinsen für weitere als „riskant“ eingestufte Staaten im Euroraum. Eine unkontrollierte Auflösung der Eurozone wäre dann nicht auszuschließen. Die Konsequenzen für die politische Zukunft Europas wären kaum abzuschätzen, zumindest eine Nord-Süd-Spaltung wohl kaum zu vermeiden.

Eine Rückkehr zu den nationalen Währungen hätte auch eine enorme politische Tragweite. Denn der Euroverbund steht u.a. für Zusammenhalt und Gemeinsinn. Und gerade in Krisenzeiten ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit der europäischen Familie besonders wichtig.

**EURO-AUSSTIEG:
DAS KÄME WOHL AUF DEUTSCHLAND ZU**

Geschätzte Wachstumseinbußen in Deutschland bei einer Wiedereinführung der D-Mark in Prozent im Vergleich zum Basisszenario

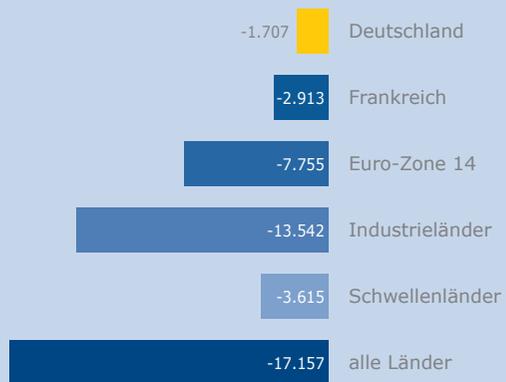


Quellen: Prognos AG, Bertelsmann-Stiftung

Was passiert, wenn Deutschland wieder die D-Mark einführt, kann niemand genau vorhersagen. Die Prognos AG hat versucht, die Wirkungen grob abzuschätzen: Demnach dürfte das langfristige Wirtschaftswachstum in Deutschland mit dem Euro schätzungsweise rund einen halben Prozentpunkt höher ausfallen als mit der D-Mark. Ursache dafür sind vor allem geringere Handelskosten, ein niedrigerer Wechselkurs sowie ein stärkerer Wettbewerbsdruck, der zu niedrigeren Preisen und damit zu höheren Realeinkommen führt.

DIE KOSTEN EINES EURO-AUSTRITTS

So viele Milliarden Euro würde das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2013 und 2020 insgesamt einbüßen, wenn Griechenland, Portugal, Spanien und Italien die Eurozone 2013 verlassen würden



Euro-Zone 14: ohne Luxemburg, Malta und Zypern
alle Länder: 42 Länder, die mehr als 90 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung abdecken

Quellen: Prognos AG, Bertelsmann Stiftung

Dass die südeuropäischen Krisenstaaten aus der Eurozone ausscheiden, ist unwahrscheinlich. Käme es dennoch zu einem Euro-Austritt, hätte dies vermutlich gravierende Auswirkungen. Die Prognos AG schätzt, dass sich die Verluste der Wirtschaftsleistung für Deutschland bis 2020 auf über 1.700 Milliarden Euro summieren würden, weltweit entstände sogar ein Schaden von insgesamt mehr als 17.000 Milliarden Euro.

Aufgrund des fehlenden Wechselkursventils und des einheitlichen Zinsniveaus ist für die Stabilität der Eurozone künftig notwendig, dass jedes Mitglied permanent an seiner Wettbewerbsfähigkeit arbeitet. Hier hat gerade durch die Krise ein Lernprozess eingesetzt, der die heutigen Krisenländer dazu veranlasst, ihre Strukturen zu verändern.

Griechenland, Spanien oder Portugal haben eine grundlegende Sanierung ihrer Arbeitsmärkte und teilweise auch ihrer Sozialsysteme begonnen. Starre Tarifsysteme werden flexibilisiert, betriebsnahe Lohnabschlüsse ermöglicht, überhöhte Lohnniveaus abgesenkt und Arbeitsmarktvorschriften gelockert. Das Renteneintrittsalter wird angepasst. Die Produkt- und Dienstleistungsmärkte werden geöffnet, das schafft mehr Wettbewerb. Insgesamt hat Griechenland seit Beginn der Krise den größten Schritt unter allen Industrieländern getan, um seine Wachstumsperspektiven zu steigern.

Allerdings bleibt der Weg mühsam. Das Wachstum in den Krisenländern ist schwach, der Schuldenstand steigt. Ähnlich wie bei den Hartz-Reformen in Deutschland führt dies zu Protesten. Und es ist ein langwieriger Prozess, der keine schnellen Erfolge verspricht, dafür langfristig umso bessere Perspektiven eröffnet, wenn der eingeschlagene Weg beibehalten wird. Dass die Länder weiterhin an den Strukturreformen festhalten, zeigt ihren Reformwillen.

Weder die Europäische Union noch Deutschland, die immer wieder als Sündenböcke dargestellt werden, verlangen einseitig gegen den Willen der Krisenländer derartige Reformen. Vielmehr haben die Länder diesen Prozess aus eigenem Antrieb begonnen – wenn auch unbestritten unter dem Druck der ökonomischen wie politischen Realitäten. Eine Mehrheit der Bevölkerung unterstützt den Reformkurs in den jeweiligen Ländern.

Der Beginn des Euro und die Zugehörigkeit zur Währungsunion gingen mit einem niedrigen Zinsniveau einher. Das führte mancherorts zu einer schnellen kreditfinanzierten Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen, begleitet von erheblichen Lohnsteigerungen. Allesamt prinzipiell erwünschte Folgen des Eurobeitritts, denn die Staatsschulden wurden zunächst günstiger, die Finanzierung der Wirtschaft wurde besser, die Infrastrukturen moderner.

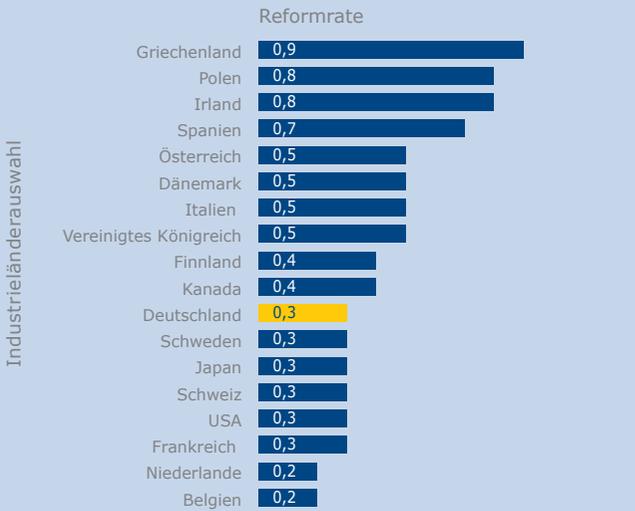
Allerdings geriet in den heutigen Krisenländern angesichts dieser Vorteile die strukturelle Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und weiterer Parameter wie die private Verschuldung im In- und Ausland aus dem Blick. So war der Wirtschaftsboom vor allem im Süden Europas durch ein kreditgetriebenes Wirtschaftswachstum begründet, das auch eine starke Lohnsteigerung nach sich gezogen hat.

Im Ergebnis verloren die Krisenländer seit Eintritt in die Währungsunion deutlich an Wettbewerbsfähigkeit. Dies hat vielfältige Ursachen: Lohnsteigerungen, fehlende Offenheit der Märkte, hohe Regulierungsniveaus, übermäßiger Binnenkonsum. Der Verlust der heimischen Wettbewerbsfähigkeit, die anhand der Entwicklung der Lohnstückkosten gemessen wird, belastete die Wachstumsperspektiven der Krisenländer. Sie verloren in den Jahren 2001 bis 2010 gegenüber dem Durchschnitt aller Industrieländer nahezu ein Fünftel ihrer Wettbewerbsfähigkeit, konnten sich aber seit Ausbruch der Krise auf den Stand des Jahres 2005 zurückarbeiten und rund die Hälfte ihres erlittenen Wettbewerbsnachteils aufholen.

Letztlich haben sich die Krisenländer dazu durchgerungen, künftig auf wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen nicht mehr mit einer Abwertung zu reagieren, sondern mit der Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage von Beschäftigung und Wohlstand.

REFORMEIFER: KRISENSTAATEN GANZ VORN

Reformrate: Quote aus den 2011 und 2012 tatsächlich ergriffenen nennenswerten Reformen in Relation zu den von der OECD im Jahr 2011 aufgelisteten Reformempfehlungen; eine Reformrate von 1 bedeutet, dass in allen Einzelbereichen Reformen ergriffen wurden.

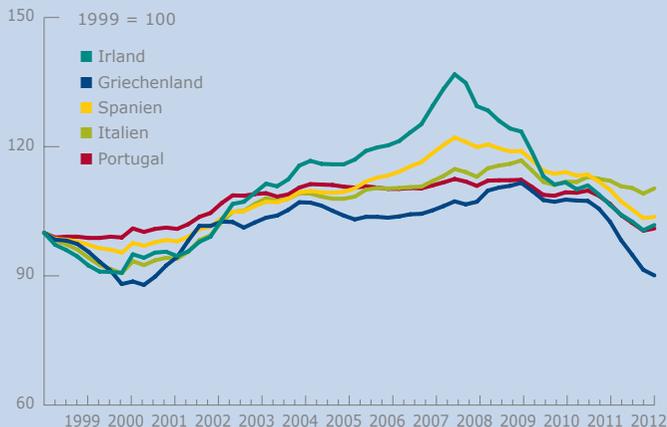


Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Zuweilen herrscht der Eindruck vor, die Krisenstaaten der Eurozone würden die nötigen Reformen immer weiter verschleppen. Eine OECD-Studie belegt das Gegenteil.

EURO-KRISENSTAATEN: WIEDER WETTBEWERBSFÄHIGER

Realer effektiver Wechselkurs auf Lohnstückkostenbasis; ein Anstieg des Index signalisiert eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit



Quellen: Europäische Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vor der Krise hatte sich die Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenstaaten teilweise deutlich verschlechtert: Im Zuge eines Wirtschaftsbooms waren die Löhne schneller als die Produktivität gestiegen und hatten so die Lohnstückkosten nach oben getrieben. Dieser Trend hat sich inzwischen umgekehrt, teilweise sind die Verluste an Wettbewerbsfähigkeit bereits wieder wettgemacht.

Neben der hohen Verschuldung verzeichneten die Krisenländer mit dem Eintritt in die Eurozone zunehmende Leistungsbilanzdefizite. Ursachen waren übermäßiges Wachstum der Binnennachfrage und eine großzügige Kreditgewährung durch das Bankensystem, was auch die Importe beflügelte. Da die Möglichkeit zur Abwertung in den Krisenländern entfiel, setzte sich der Prozess zunehmender Leistungsbilanzdefizite bis zum Ausbruch der Griechenlandkrise fort.

Vielfach wird argumentiert, dass die negative Leistungsbilanz der Krisenländer die Kehrseite der positiven deutschen Leistungsbilanz ist. Dem ist nicht so. Auch andere Länder wie die Niederlande, Österreich oder Finnland haben hohe Exportquoten und Handelsüberschüsse. Die deutsche Export- und Importquote lag nah am Euro-Durchschnitt. Und das Exportwachstum der deutschen Wirtschaft vollzog sich vor allem in den aufstrebenden Volkswirtschaften außerhalb Europas.

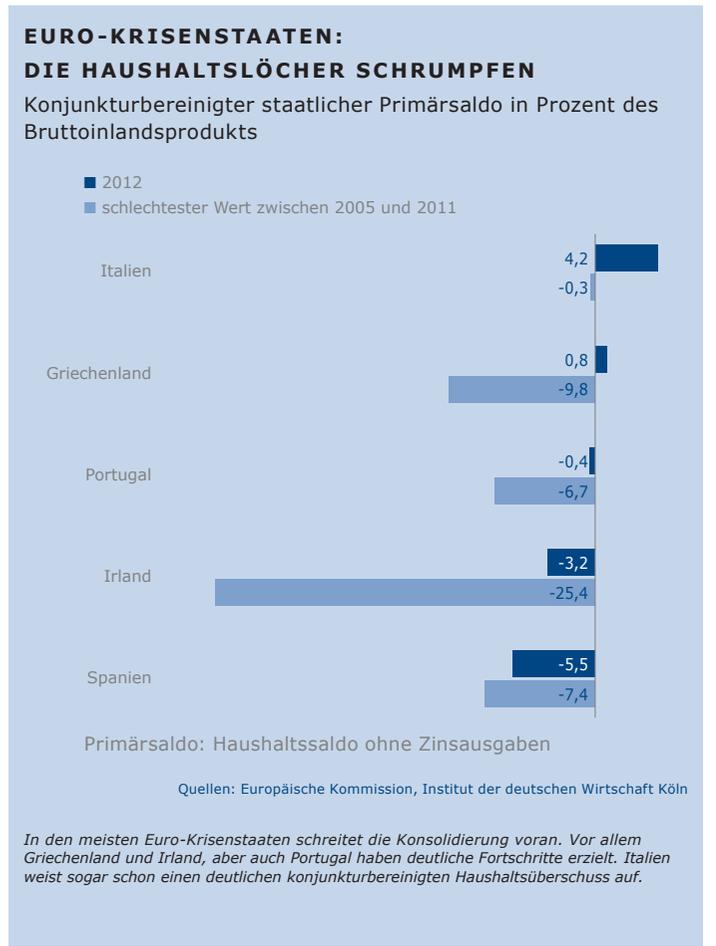
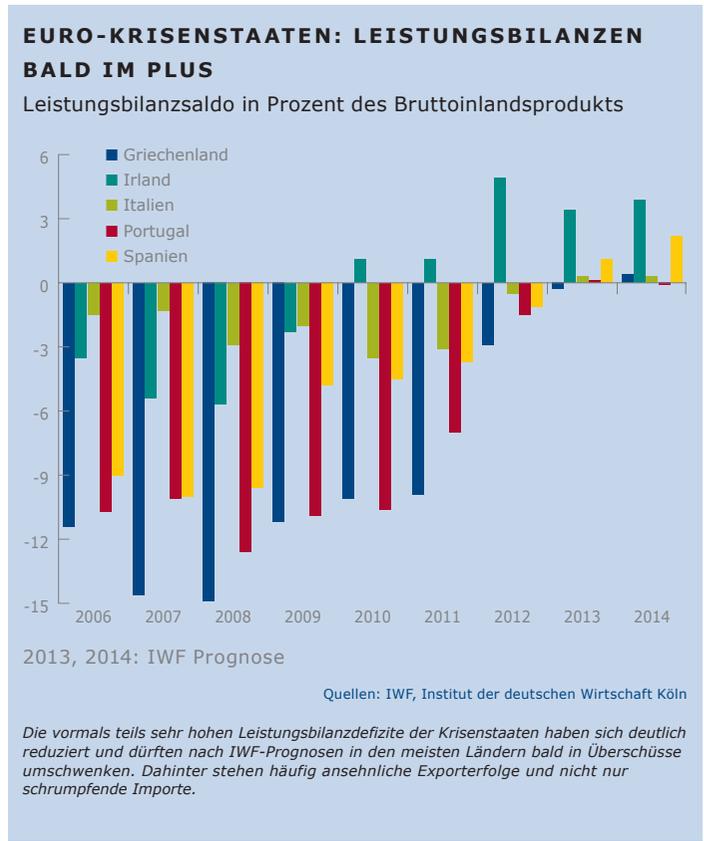
Liegen die Hauptgründe für die negative Leistungsbilanz der Krisenländer daher vor allem in den Strukturen der heimischen Wirtschaft, so zeigen sich erste Fortschritte. Verloren alle heutigen Krisenländer gegenüber dem Durchschnitt der Industrieländer deutlich an Wettbewerbsfähigkeit, so konnte allein Griechenland bis 2012 die Hälfte seines Wettbewerbsnachteils aufholen und sein Leistungsbilanzdefizit schrumpfte um nahezu vier Fünftel. Ähnliche Entwicklungen sind in Portugal und Spanien zu beobachten, in denen die Leistungsbilanzdefizite seit Beginn der Krise halbiert werden konnten.

Auch das neue Instrument der makroökonomischen Überwachung liefert künftig einen besseren Rahmen, um die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen der Mitgliedstaaten besser zu beobachten.

Solide Finanzen sind Grundlage für stabiles Wachstum und gehören zu den zentralen Eckpfeilern einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion. Zudem stärkt eine verantwortungsvolle Finanzpolitik das Vertrauen von Bürgern, Unternehmen und Anlegern, trägt zu einem guten Investitions- und Sparumfeld bei und schafft Freiräume für Investitionen.

Heute müssen die meisten Eurostaaten auf den Pfad der tragfähigen staatlichen Haushalte zurückfinden. Hierfür sind entschlossene Konsolidierungsmaßnahmen unerlässlich. Viele Reformen sind bereits auf den Weg gebracht. Im öffentlichen Sektor der Krisenstaaten werden ausgabenseitige Kürzungen vorgenommen: Stellen werden gestrichen, Gehälter und Sozialausgaben reduziert. Gleichzeitig werden die Steuern erhöht und Steuerschlupflöcher geschlossen.

Dauerhafte Wirkung können Konsolidierungsmaßnahmen jedoch nur dann zeigen, wenn sie in Abstimmung mit wachstumsfördernden Strukturreformen durchgeführt werden. Auch hier befindet sich Europa auf einem guten Weg. So verpflichteten sich 25 EU-Staaten im Rahmen des jüngst beschlossenen Fiskalpakts neben konsequentem Defizit- und Schuldenabbau zu einer besseren Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken. Diese Maßnahmen versprechen leider keine kurzfristigen Erfolge und sind für die Betroffenen mit Härten verbunden. Doch – anders als manchmal zu hören – werden die Krisenländer mit den Folgen der Haushaltskonsolidierung nicht alleine gelassen. So dienen zum Beispiel die Strukturhilfen aus den Europäischen Fonds dazu, die Folgen des Konsolidierungsprozesses zu lindern.



Deutschland hat sich am dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beteiligt, aus dem konditionierte Finanzmittel für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Euro-Staaten bereitgestellt werden. Der Rettungsfonds dient nicht der dauerhaften Bezahlung der Staatsschulden anderer Länder. Weiterhin bleibt jedes Land für seine Staatsschulden verantwortlich. Aber als letztes Mittel („ultima ratio“) dient der ESM dazu, außergewöhnliche Finanzierungskrisen einzelner Staaten abzufangen. Dies geschieht unter der Voraussetzung, dass die Länder Auflagen des ESM akzeptieren und umsetzen.

Deutschland ist die Beteiligung am ESM nicht alleine eingegangen, sondern mit allen 17 Eurostaaten. Entsprechend seiner Wirtschaftskraft ist der deutsche Anteil absolut sehr hoch. Darin spiegelt sich auch das besondere ökonomische Interesse Deutschlands wider, dass der Euro stabil bleibt. Deutschland hat sich am ESM mit einem Kapitalanteil von 21,7 Mrd. € beteiligt und haftet mit Garantien für weitere 168,3 Mrd. €. Dieser Betrag von 190 Mrd. € (etwas weniger als ein Zehntel der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung) ist die vom Bundesverfassungsgericht für maximal zulässig erklärte deutsche Haftungssumme für den ESM. Andere europäische Staaten bürgen ebenfalls in erheblichem Umfang.

Kosten sind dem deutschen Steuerzahler bisher entstanden für die Einzahlung der ersten drei Tranchen des Stammkapitals am ESM von rund 15 Mrd. €. Weitere Kosten würden entstehen, wenn die Krisenländer ihre Staatsschulden nicht mehr bedienen könnten und die Garantien aus dem ESM und seinen Vorläufern herangezogen würden, insgesamt Garantien von weiteren 56 Mrd. €.

Die Krise hat gezeigt, dass Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion die Eurozone ins Wanken bringen können: Es gibt eine einheitliche europäische Währungspolitik, aber 17 nationale Finanz- und Wirtschaftspolitiken. Daher wurde im Stabilitäts- und Wachstumspakt ein Sanktionsmechanismus gegen exzessives Schuldenmachen vereinbart.

Dieser Ansatz allein hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Die Ansteckungsgefahren unter den Mitgliedstaaten sind höher als vermutet. Ihre Wettbewerbsfähigkeit kann sich ohne eine funktionierende wirtschaftspolitische Koordinierung so entwickeln, dass die Währungsunion unter Druck gerät.

Daher gilt es, aus der Krise zu lernen und den Euro krisenfest zu machen. Das Prinzip, wonach die Mitgliedstaaten für ihre Staatsschulden verantwortlich bleiben, muss gestärkt werden. Dem dient der von 25 EU-Staaten verabschiedete Fiskalvertrag mit einer politischen Selbstbeschränkung gegen zu hohe Staatsschulden. Hinzu kommt der Euro-Plus-Pakt, in dem sich die Mitgliedstaaten zu Strukturreformen verpflichten. Und die Strategie Europa 2020 unterstützt jedes Land auf diesem Weg mittels Initiativen der Bildungs- und Innovationsförderung sowie der Arbeitslosigkeits- und Armutsbekämpfung.

Sollte es dennoch wieder zu einer Finanzierungskrise kommen, dann ermöglicht der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die gemeinsame Absicherung der Schulden eines Staates, allerdings nur gegen strenge Auflagen und Kontrollen. Auch die Finanzmärkte

reagieren, die Zinsen für Staatsanleihen einiger Krisenländer sinken. Das ist Ausdruck davon, dass die neue Eurozonenarchitektur eine bisherige Schwachstelle zu überwinden beginnt.

**EURO-SCHULDENKRISE:
DEUTSCHLAND BÜRGT NICHT ALLEIN**

Zwischenstaatliche Kredite und Bürgschaften im Rahmen der Euro-Schuldenkrise bis Ende 2012



Die Finanzhilfen beziehen sich in erster Linie auf Griechenland, Irland und Portugal

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Bürgschaften für den Euro-Rettungsschirm, die hier bis Ende 2012 ermittelt wurden, schultert Deutschland nicht allein. Die Bundesrepublik steht zwar absolut gesehen mit dem größten Betrag gerade, relativ zur Wirtschaftsleistung betrachtet engagieren sich aber andere Staaten deutlich stärker.

EURO-RETTUNGSSCHIRM WIRKT

Zinsen für zehnjährige portugiesische und irische Staatsanleihen



Quellen: Bloomberg, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Zinsen auf Staatsanleihen aus Portugal und Irland – beide Länder befinden sich unter dem Rettungsschirm – sind deutlich gesunken. Und das schon lange, bevor die Europäische Zentralbank die Märkte Mitte 2012 mit ihrer Ankündigung beruhigt hat, gegebenenfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen. Die Rettungs- und Reformstrategie der Eurozone wirkt also und stößt auf Vertrauen am Finanzmarkt.